



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5608

A09

30. August 2021

Seite 1 von 4

Telefon 0211 871-2800

Telefax 0211 871-3355

Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.08.2021
**„Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe durch Rechts-
extreme“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags
übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Instrumentalisierung
der Hochwasserkatastrophe durch Rechtsextreme“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021
zu dem Tagesordnungspunkt
„Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe
durch Rechtsextreme“**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.08.2021

Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat zu vielfältigen Aktivitäten von Extremisten geführt. Dies betrifft vor allem Akteure aus den Phänomenbereichen „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ (zum Beispiel „Querdenker“-Szene), „Rechtsextremismus“ sowie „Reichsbürger und Selbstverwalter“.

Eine breite Medienöffentlichkeit erfuhr die Besetzung einer Grundschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler ab dem 18./19. Juli 2021 durch rund 100 Angehörige der „Querdenker“-Szene. Nach einer Räumungsaufforderung durch die zuständige Stadtverwaltung beabsichtigte die Gruppe, in eine Halle nach Bad Münstereifel (NRW) umzuziehen. Als Ziel identifizierten die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz einen Kindergarten in Bad Münstereifel. Da der Träger des Kindergartens mittlerweile Kenntnis über die Gruppe erlangt hatte, war er mit der Bereitstellung nicht mehr einverstanden. Die eintreffenden Personen erhielten Platzverweise.

Darüber hinaus reisten verschiedene Extremisten (Rechtsextremisten, Vertreter der vom Verfassungsschutz beobachteten Teile der Corona-Leugner-Bewegung sowie Vertreter legalistisch-islamistischer Organisationen) in den Tagen nach der Flutkatastrophe in die Überflutungsgebiete und unterstützten dort vor allem bei Aufräumarbeiten. Darüber berichteten sie teilweise selbst und nutzten dies, um sich als „Kümmerer“ darzustellen. Einzelne rechtsextremistische Kleingruppen aus Nordrhein-Westfalen sind aber auch tageweise zur Unterstützung in die Hochwassergebiete gereist, ohne dies zu veröffentlichen.

Nach eigenen Angaben hat der Kreisverband Rhein-Erft der Partei „Die Rechte“ am 17. und/oder 18. Juli 2021 in Ertstadt und den darauffolgenden Tagen in Bad Neuenahr-Ahrweiler einen „Arbeitseinsatz“ durch-



geführt. Die Rechtsextremisten stellten diese Hilfe als Teil ihrer demokratiefeindlichen Agenda dar: „Da, wo dieses System versagt, greift unsere Solidarität!“ Eine Kleinstgruppe des Kreisverbandes Duisburg der Partei „Die Rechte“ war am 25. Juli 2021 in Stolberg tätig.

Der Leiter Landesverband West und Stützpunkt Sauerland-Süd der Partei „Der III. Weg“ hat in der 43. Ausgabe der parteieigenen Sendung „Revolution auf Sendung“ am 8. August 2021 über die Hochwasserkatastrophe und den Einsatz der Partei vor Ort, „die Flutnacht, die Aufräumarbeiten und das Behördenversagen“ berichtet. Zusätzlich hat „Der III. Weg“ über die Beteiligung der Parteimitglieder an den Aufräumarbeiten am 6. August 2021 im Ahrtal einen Bericht mit dem Titel „Nationalrevolutionäre Katastrophenhilfe – Kampf um die Gemeinschaft!“ mit teilweise verpixelten Fotos der Helfer auf der Internetseite der Partei veröffentlicht.

Auch die Reichsbürgergruppierung „Verfassunggebende Versammlung (VV)“ veröffentlichte auf einer der ihr zuzuordnenden Internetseiten ein Hilfsprogramm im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe. Hier wurde zu Sachspenden in Form von Kleidung, Hygieneartikeln, aber auch Lebensmitteln aufgerufen und für die Sammlung der Hilfspakete ein Lager in Essen zur Verfügung gestellt. Im Hilfsprogramm wurde außerdem für die vom Unwetter stark betroffenen Gebiete in Weilerswist, Ahrweiler und Euskirchen auf die Unterstützung von Hilfsarbeitern aus dem Bauwesen plädiert und den möglichen Helfern ein Arbeitsvertrag – auch in Festanstellung – in Aussicht gestellt.

Ergänzend erfolgten auch zahlreiche Spendenaufrufe der Extremisten für die Hochwassergeschädigten. Allerdings ist hier nicht zu Spenden für Aktionsbündnisse von Hilfsorganisationen aufgerufen worden, sondern wurden eigene Spendenkonten angegeben. Der „Querdenken“-Aktivist Bodo SCHIFFMANN hat zu Spenden auf sein Konto aufgerufen, um die Flutopfer zu unterstützen. Bis zum 23. Juli 2021 sollen fast 700.000 € eingegangen sein. „Die Rechte“, „Der III. Weg“ und die „NPD“ veröffentlichten Spendenaufrufe und verwiesen jeweils auf die eigenen Parteikonten. Bei den Spendenaufrufen („Hilfe für Deutsche“, „Deutsche helfen Deutschen“) wird deutlich, dass die Hilfe ausschließlich für nach ihrem Verständnis ethnisch Deutsche gedacht ist. Das bundesweit agierende neurechte Netzwerk „Ein Prozent“ rief ab dem 19. Juli 2021 unter dem Motto „Flutkatastrophe – Patrioten helfen!“ zu Spenden auf, fungiert jedoch lediglich als Informationsplattform.

Mehrere Rechtsextremisten, die über soziale Medien eine hohe Reichweite erzielen, haben für eigene Spendensammlungen geworben, ebenso das durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall bewertete Magazin „Compact“.

Die Rechtsextremisten sowie Anhänger der Corona-Leugner-Bewegung nutzen die Situation, um ihre Narrative in die Öffentlichkeit zu tragen. Es



wird einerseits der Staat als handlungsunfähig und die Politiker als handlungsunwillig dargestellt und andererseits gerieren sich die Extremisten als „Kümmerer“, die ein vermeintliches Staatsversagen ausgleichen. Der „Kümmerer“-Aspekt spielt auch für die Aktivitäten von islamistisch-geprägten Organisationen eine entscheidende Rolle. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Extremisten keinen prägenden Einfluss auf die Geschehnisse vor Ort haben. Zwar ließen sich von der Flut Betroffene vom betreffenden Personenkreis unterstützen, jedoch liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass dies aus Sympathie oder in Übereinstimmung mit den Zielen der Extremisten geschehen ist. Vielmehr dürfte dies schlicht aus der Not heraus sowie in Unkenntnis über deren Ziele und Überzeugungen erfolgt sein.

Die Vorgänge in der Hochwasserregion haben gezeigt, dass die „Querdenken“-Szene trotz ihrer Heterogenität über einen hohen Organisationsgrad, nennenswerte finanzielle Möglichkeiten und kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit verfügt. Durch Medienaktivisten dieser Szene findet eine permanente Inszenierung statt, die unter anderem darauf abzielt, staatliche Organisationen vor Ort und in den sozialen Medien zu delegitimieren.

Das Verhalten der „Querdenken“-Szene bestätigt die im Mai 2021 vom Verfassungsschutz vorgelegte Analyse „Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und ‚Corona-Leugnern‘“, wonach sich die ursprüngliche Skepsis gegen staatliche Pandemiemaßnahmen mehr und mehr zu einer grundlegend demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Haltung entwickelt und das entsprechende Personenpotenzial neue Themen suchen wird, um sie als Vehikel ihrer Agenda zu nutzen. Dass der Verfassungsschutz den neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet hat, trägt dieser Entwicklung Rechnung.